

Pressemitteilung Nr. 19 vom 4. September 2019

---

## **Die aktuelle Situation an den Schulen in Bayern: Ausblick der GEW Bayern**

**In ihrem Ausblick auf das neue Schuljahr betont die Bildungsgewerkschaft: Zentral sind die Unterrichtsqualität für die Kinder und Jugendlichen und der Erhalt der Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer, gerade angesichts des Lehrkräftemangels an den Grund-, Mittel- und Förderschulen und angesichts der Arbeitsbedingungen in den Realschulen. Besondere Aufmerksamkeit erfordert die Reform der gymnasialen Oberstufe.**

### Die Lage an den Grund-, Mittel- und Förderschulen

Der Mangel an Lehrkräften an den Grund-, Mittel- und Förderschulen hat auch in Bayern dramatische Ausmaße erreicht. In manchen Bereichen können zwei Drittel der freien Stellen nicht mit voll ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden!

Das Kultusministerium versucht seit einiger Zeit, die Lücken auch mit Menschen zu füllen, die bisher wenig bis nichts mit Pädagogik zu tun hatten. Die Folgen für den Arbeitsalltag der Lehrkräfte, die bereits an den Schulen sind, sind gravierend: Fachfremde Kolleg\*innen müssen aufwändig eingearbeitet werden, zunehmende Ausfälle wegen Erkrankungen führen zum Aufteilen von verwaisten Klassen, notwendige Doppelbesetzungen werden gestrichen. Oftmals ist an einen geregelten Unterricht nicht mehr zu denken. Statt in dieser Situation Erleichterungen zu ermöglichen, startet das Kultusministerium aktuell in den Mittel- und Förderschulen Informatik als zusätzliches Pflichtfach. Insgesamt führt das zu einer stetig steigenden Arbeitsbelastung. Das System droht „an die Wand gefahren“ zu werden. Die Bildungsgewerkschaft stellt fest: Es ist ein Irrweg zu glauben, das Problem aussitzen zu können. Damit würde eine fortschreitende Verschärfung der Arbeitsbedingungen an den Schulen in Kauf genommen. Notwendig sind dringend konkrete Maßnahmen für Entlastungen, um die Gesundheit der Pädagog\*innen zu schützen und zu erhalten. Diese Maßnahmen schlägt die GEW vor:

1. Sofortige ausreichende Erhöhung der Zahl der Studienplätze für alle betroffenen Lehrämter
2. Den Lehrer\*innenberuf attraktiver machen: A 13 als Eingangsbesoldung für alle Lehrer\*innen, so wie dies inzwischen in zahlreichen anderen Bundesländern geschehen ist. Aufstiegsmöglichkeiten wie an den Gymnasien für alle Lehrämter. Bessere Bezahlung für Fach- und Förderlehrer\*innen, heilpädagogische Förderlehrer\*innen, heilpädagogische Unterrichtshilfen und für Werklehrer\*innen
3. Eine weitreichende Reform der Lehrkräfteausbildung
4. Eine vorübergehende Reduzierung der Stundentafel, um für alle Schüler\*innen flächendeckend qualifizierte Bildungsangebote zu sichern und um zu verhindern, dass Unterricht immer mehr zum bloßen Beaufsichtigen von Schüler\*innen verkommt.

Auch an vielen Beruflichen Schulen herrscht in etlichen Fächern und Fachrichtungen ein Mangel an Lehrkräften.

Minister Piazzolo sollte endlich konkrete Zahlen zu Mangel und Bedarfsdeckung nennen. Nur so kann gemeinsam sinnvoll an einer Verbesserung der Situation gearbeitet werden.

### Die Reform der gymnasialen Oberstufe

Mit den verfrühten Festlegungen für die 11. Jahrgangsstufe wurde unnötig Spielraum zur Gestaltung der Oberstufe blockiert. Das im Juli angedeutete Konzept des Kultusministeriums würde die letzte Chance für eine für die Schüler\*innen facettenreiche und zukunftsfähige Oberstufe mit hohem Gewinn für die ganze Gesellschaft verspielen.

Andreas Hofmann, Vorsitzender der Fachgruppe Gymnasium der GEW Bayern, sagte heute in München: „Bayern droht durch ein solches Oberstufenreförmchen das einzige Land mit äußerst geringer Wahlmöglichkeit von Vertiefungsfächern zu bleiben. Die Reformen in Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern waren weitreichender und von den Wahlmöglichkeiten, wie sie künftig in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen gelten, können bayerische Schüler\*innen nur träumen.“ Eine gründliche Reform sehe anders aus.

Die GEW schlägt diese Eckpunkte für eine Reform vor:

1. Zwei frei gewählte fünfstündige Schwerpunktfächer auf erhöhtem Niveau
2. Individuell durch die Schüler\*innen gestaltbares Curriculum ab der 11. Klasse
3. Stärkung der politischen Bildung durch verpflichtende Belegung von „Politik und Gesellschaft“ als eigenständiges Fach von der 11. bis zur 13. Klasse
4. Verankerung von selbstständigem wissenschaftspropädeutischem Arbeiten und intensiver Projektarbeit
5. Abiturprüfung in vier Fächern
6. Maximale Kursgrößen von 17 Schüler\*innen

### Die aktuelle Situation an den Realschulen

Die Klassenstärken in den Realschulen, vor allem in den Ballungsräumen, sind stetig angestiegen. Martina Borgendale, Vorsitzende der Fachgruppe Realschulen und stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern, erklärte dazu heute: „Die Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten zehn Jahren dramatisch verschlechtert. Aufgrund des steigenden Anteils an pädagogischer Arbeit ist es unbedingt nötig, dass an jeder Schule ein\*e Sozialpädagog\*in beschäftigt wird. Zudem muss an jeder Schule eine eigene Stunde für die jeweilige Klassenleitung im Rahmen des Stundendeputats bereitgestellt werden.“ Da es hohe Krankenstände und zahlreiche Frühpensionierungen bei den Lehrkräften gebe, verschärfe sich die Arbeitssituation weiter. Die GEW Bayern fordert daher, dass an allen Schulen die physischen und psychischen Gefährdungsbeurteilungen, die gesetzlich längst vorgeschrieben sind, erstellt werden und dass daraus konkrete Maßnahmen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz resultieren.

### Für Rückfragen wenden Sie sich gerne an diese Kolleg\*innen, je nach Schulart:

- zu den Gymnasien: Andreas Hofmann, Tel. 0151 / 61 32 69 67
- zu den Realschulen und schulartübergreifend: Martina Borgendale, Tel. 0151 / 12 43 00 97
- zu Grund-, Mittel-, Förderschulen: Bernhard Baudler, Tel. 089/54 40 81-21, 0171 / 12 62 12 8

V.i.S.d.P.: Elke Hahn, Geschäftsführerin GEW Bayern, elke.hahn@gew-bayern.de